

Flüchtlinge erhören

Interview mit Philipp Ther

Der Historiker Philipp Ther hat vor ein paar Jahren mit „Die Außenseiter“ ein Grundlagenwerk zum Thema Flucht verfasst, das in seiner Aktualität nichts eingebüßt hat. Im TUP-Interview macht er unter anderem darauf aufmerksam, wie wichtig es ist, jedes Flüchtlingsschicksal einzeln in den Blick zu nehmen, um letztlich die Ankunft und Integration in die Aufnahmegesellschaften zu erleichtern.

TUP: Herr Professor Ther, in Ihrem Buch „Die Außenseiter“ sprechen Sie von guten und weniger guten Bedingungen für Menschen zur Flucht. Konzentrieren wir uns exemplarisch auf die Lage in Europa. Wann gab es im historischen Rückblick „gute“ und wann eher „schlechte“ Bedingungen für Flucht?

Philipp Ther: Flucht beruht immer auf Verfolgung, meistens auf Gewalterfahrung oder antizipierter Gewalt. Sie bringt sehr viele Entbehrungen mit sich und ist daher häufig für die Flüchtlinge eine traumatisierende Erfahrung. Insofern muss man die „guten Zeiten“ für Flüchtlinge immer relativieren. Es gibt aber tatsächlich Phasen in der Geschichte, als Flüchtlinge bereitwillig aufgenommen und als Bereicherung verstanden wurden.

An welche Zeiten denken Sie dabei?

In der frühen Neuzeit etwa waren die Hugenotten in den Aufnahmestaaten willkommen. Die Flucht selber aus Frankreich war entbehrungsreich, gefährlich und übrigens auch illegal. Es gab aber eine Reihe von aufnahmewilligen calvinistischen Staaten, wo diese Flüchtlinge sehr gute Bedingungen vorfanden. Später im 19. Jahrhundert gab es große Sympathien für politische Flüchtlinge. Es gibt aus dieser Zeit viele Beispiele, bei denen politische Flüchtlinge freundlich, geradezu überschwänglich begrüßt, untergebracht und versorgt wurden. Die Flüchtlinge aus Polen von 1831 – dort hatte Russland einen Aufstand unterdrückt – erhielten in Frankreich sogar etliche Jahre lang staatliche Unterstützungszahlungen. Im 20. Jahrhundert bot vor allem der Kalte Krieg einen günstigen Kontext. Das lag an der Systemkonkurrenz zwischen Ost und West. Die „Abstimmung mit den Füßen“ ging zugunsten des Westens aus und bestätigte die westlichen Demokratien. Diese hießen daher Flüchtlinge aus dem kommunistischen Osteuropa willkommen, oft ohne genau nach ihren Fluchtmotiven zu fragen. Bei der Aufnahme spielte jedoch auch die wirtschaftliche Lage eine wichtige Rolle. Im Rahmen des Wirtschaftswunders und des großen Aufschwungs in ganz Westeuropa konnte man die Flüchtlinge bis Mitte der 1970er auch als Arbeitskräfte brauchen.

Sie unterscheiden zwischen Flüchtlingen und Menschen, die aus anderen Gründen, etwa ökonomischen, ihr Land verlassen. Warum diese Unterscheidung?

Diese Unterscheidung ist zunächst ganz zentral für das Völkerrecht. Es gibt die Genfer Flücht-

lingskonvention, in der klar festgelegte Rechte für Flüchtlinge festgeschrieben sind. Für Migranten und Migrantinnen gibt es das nicht. Der zweite Unterschied, und für mich als Historiker noch wichtiger, ist die Ebene der Erfahrung. Flüchtlinge verlassen ihre Heimat, wie gesagt, in der Regel unfreiwillig unter der Anwendung oder Androhung von Gewalt; häufig auch sehr überstürzt. Bei anderen Formen der Migration, beispielsweise Arbeitsmigration, gibt es einen höheren Grad an Freiwilligkeit: Die Menschen gehen, um ihre eigene Lebenssituation zu verbessern, und nicht, um sich das Überleben zu sichern. Arbeitsmigration ist zudem in der Regel länger geplant und führt nicht zum Verlust des Eigentums und anderer persönlicher Ressourcen. Die meisten Arbeitsmigranten hielten enge Kontakte zur alten Heimat und zu Verwandten dort aufrecht. Das war bei Flüchtlingen in der Regel ausgeschlossen. Kurzum: Es gibt große Unterschiede bei den Erfahrungen, den eigenen Ressourcen, aber auch den Erwartungen in den Aufnahmeländern. Flucht lässt sich jedoch als besondere Form der Migration, als Fluchtmigration, begreifen.

Seit den 1980er-Jahren begann zunächst in den westlichen Demokratien ein Wandel in der Auffassung von Wirtschaft und Staat, den man durchaus als neoliberal bezeichnen kann. Hat dieser ideologisch grundierte Wandel, wonach vieles über den Markt und private Unternehmen und möglichst wenig über den Staat organisiert werden soll, auch Auswirkungen auf die Aufnahmebereitschaft von Flüchtlingen in den jeweiligen Ländern gehabt, oder ist das zu kurz gedacht?

Einen direkten Zusammenhang zwischen neoliberaler Politik und Aufnahmebereitschaft kann man schlecht nachweisen. Es gibt aber indirekte Zusammenhänge. Neoliberale Wirtschaftsreformen und Wirtschaftspolitik haben generell dazu geführt, dass die soziale Ungleichheit zugenommen hat und vor allem die regionale Ungleichheit. Menschen in den sogenannten Reformstaaten mussten und müssen mehr um ihre Existenz kämpfen. Das macht sie weniger aufnahmewillig und auch aufnahmefähig. Andererseits sind arme Menschen nicht unbedingt xenophober als reiche Menschen, sondern auch wohlhabende Länder und Staaten haben häufig Angst, durch die massenhafte Aufnahme von Flüchtlingen an Wohlstand einzubüßen. Selbst in gut funktionierenden Sozialstaaten gab und gibt es immer auch eine ausgeprägte Konkurrenz um Sozialleistungen, und diese hat häufig zur Ablehnung von Flüchtlingen beigetragen. Es gibt demnach Neid und Fremdenfeindlichkeit in ganz verschiedenen organisierten Gesellschaften und Wirtschaftssystemen.

Die grundlegende Ablehnung der meisten neuen EU-Mitgliedstaaten, 2015/16 Flüchtlinge aufzunehmen, hängt damit zusammen, dass es vielen Menschen in den Ländern nicht gut geht und sie Angst haben, den ohnehin geringeren Wohlstand auch noch teilen zu müssen. Man darf aber Faktoren wie die eigene historische Erfahrung mit Flucht und anderen Formen der Migration und im östlichen Europa die Erfahrung mit Fremdherrschaft und die erst relativ kürzlich gewonnene nationale Souveränität nicht außer Acht lassen. Insbesondere in Ungarn gab es außerdem politische Kampagnen gegen Flüchtlinge, die die Meinung in der Bevölkerung erheblich beeinflusst haben.

Der bulgarische Philosoph Ivan Krastev weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass insbesondere Länder wie Ungarn oder Bulgarien, aus denen viele Leute – auch gut ausgebildete Fachkräfte – in den Westen gezogen sind, in Rhetorik und Politik auf eine

Homogenisierung setzen und Flüchtlinge dort nicht willkommen sind. Können Sie dem folgen?

Ich denke, wir sollten mehr zwischen verschiedenen osteuropäischen Ländern differenzieren. Klar ist: Die Gesellschaften haben sich durch die Abwanderung in die reicheren EU-Staaten sehr stark verändert. In puncto Migration und Flucht muss man historisch betrachtet feststellen, dass beides für die Herkunftsländer ein viel größeres Problem ist als für die Zielländer.

Warum?

Die Zielländer profitieren generell fast immer von Migration, aber auch spezifisch von der Zuwanderung von Flüchtlingen. Für die Herkunftsländer ist das zumeist ein Aderlass und mit Verlusten verbunden. Die starke Abwanderung aus den mittel- und osteuropäischen Staaten der EU – insbesondere nach der großen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009 – hat dazu beigetragen, dass sie paradoxerweise Zuwanderung verstärkt als ein Problem verstehen. Die einzelnen Regierungen und Gesellschaften haben sich jedoch sehr unterschiedlich verhalten. In Ungarn hat Viktor Orbán die sogenannte Flüchtlingskrise schamlos für sich politisch ausgenutzt. Litauen oder Lettland haben wiederum Flüchtlinge aufgenommen beziehungsweise die Linie der EU unterstützt, sicher auch aus Angst vor Russland.

Inwieweit werden die Schicksale, die hinter jeder einzelnen Flucht existieren, überhaupt im ganzen Kontext angemessen berücksichtigt? Sie haben es schon angedeutet mit der Traumatisierung. Man lässt sein komplettes Leben hinter sich, um zu überleben. Andererseits wird in Debatten oder Diskursen oftmals so getan, als wenn es für die Betroffenen geradezu ein Vergnügen ist, sich auf die Flucht zu begeben. Aus Ihren Erkenntnissen: Was macht Flucht mit Menschen?

Flüchtlinge müssen ein neues Leben beginnen. Das ist eine sehr große Herausforderung. Den meisten Menschen gelingt das auch. Zumindest in der zweiten Generation ist es oft so, dass die Erfahrungen positiv sind und der Start eines neuen Lebens – trotz aller Belastungen, trotz des Gepäcks, das sie mit sich herumtragen – den meisten Menschen gut gelingt. Das Problem bei der Betrachtung von Flüchtlingen seit 2015 aber ist die Kollektivierung. Wir sprechen immer über *die* Flüchtlinge und benutzen das als Kollektivbegriff. Bei der derzeitigen Debatte finde ich es daher besonders wichtig, dass man Flüchtlinge nicht als Kollektiv und Objekte wahrnimmt, sondern sie als Subjektive der Geschichte ernst nimmt; als Menschen, die die Gegenwart mitgestalten und die eine eigene Stimme erheben können. Es ist immer wieder wichtig, den Flüchtlingen zuzuhören; es ist wichtig, etwas über ihre Erwartungen und Integrationserfahrungen zu erfahren, um dann als Aufnahmegesellschaft – und auch diese sollte man nicht zu kollektiv betrachten – eigene Erwartungen zu formulieren, zum Beispiel bei der Gleichberechtigung der Geschlechter. Integration ist ein wechselseitiger Prozess. Umso wichtiger ist es, Flüchtlinge als Individuen ernst zu nehmen und zu Wort kommen zu lassen.

Was sollte nach Ihren Erkenntnissen getan werden, damit Flüchtlinge möglichst rasch am Leben im Aufnahmeland teilhaben können? Was hat in der historischen Erfahrung „geholfen“, dass dieser Prozess gut gelingen kann?

Mit Blick auf die Situation in den Aufnahmeländern gibt es verschiedene Ebenen der Integration.

Die Staatsbürgerschaft und andere Formen der rechtlichen Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt sind ein zentraler Punkt. Ebenso bedeutsam ist die Ebene der sozialen Integration, also Kontakte zur einheimischen Bevölkerung bis hin zur Mitgliedschaft in Vereinen. Und – als eine Art von Endpunkt von Integration – die familiäre Integration, darunter das Heiratsverhalten.

Von wirklich zentraler Bedeutung ist am Anfang die Arbeitserlaubnis. Mit ihr können die Menschen möglichst bald wieder Geld verdienen; und das wollen sie in der Regel auch. Im Übrigen: Wenn man sie arbeiten lässt, kann man auch den Anspruch stellen, dass sie arbeiten. Es ist jedoch nicht leicht, die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt mit dem zusätzlichen Angebot an Arbeitskräften, was eine Fluchtbewegung wie 2015/2016 auch mit sich bringt, in Einklang zu bringen.

Was ist noch wichtig für eine gelingende Integration?

Selbstverständlich die Sprache; allein wegen der sozialen Kontakte, aber auch um beruflich einen Aufstieg zu schaffen. Die gesellschaftlichen Kontakte sind für die zweite Generation ein nicht zu unterschätzender Aspekt. Manche der genannten Punkte lassen sich durch gezielte staatliche Politik herstellen oder befördern. Manches liegt aber auch in den Händen der Gesellschaft. Denn klar ist auch: Die allerbesten staatlichen Integrationsprogramme nützen wenig, wenn die aufnehmende Gesellschaft auf diese Menschen nicht zugeht – und vice versa. Das ist nicht immer einfach – für beide Seiten nicht. Alle Menschen, die sich in Flüchtlingsprojekten engagieren oder auf Migrant*innen, Arbeitsmigrant*innen zugehen, sind enorm wichtig.

In diesem Zusammenhang werden mancherorts engagierte Menschen von Rechtsextremen bedroht. In welchem Maße hat das Aufkommen autoritärer, rechtspopulistischer oder auch rechtsextremer Parteien, zum Teil auch in Regierungsverantwortung, Einfluss auf den Umgang mit Flüchtlingen in den jeweiligen Aufnahmegesellschaften? Was könnte ein Blick in die Geschichte leisten, diesen Umgang kritisch zu hinterfragen?

In manchen Ländern ist es so, dass rechtspopulistische und rechtsnationalistische Politiker und Regierungen die Einstellung in den Gesellschaften wirklich massiv negativ beeinflusst haben. Laut Umfragen war die Aufnahmebereitschaft etwa in Ungarn schon vor 2015 relativ gering. Aber Viktor Orbán hat es geschafft, durch seine Kampagnen diese Aufnahmebereitschaft zu minimieren und den Hass auf Fremde zu steigern. Es gab und gibt auch Gesellschaften, wo die Einstellungen gemischt waren. In Polen waren Stimmen zu vernehmen – nicht zuletzt aus Kirchenkreisen –, die für die Aufnahme von Flüchtlingen plädierten. Aber auch dort hat die rechtspopulistische und rechtsnationalistische PiS dieses Thema so negativ besetzt, dass diese Stimmen zum Schweigen gebracht wurden und sich letztlich die gesellschaftliche Einstellung zum Schlechten verändert hat. Oder Donald Trump in den USA: Auch da muss man leider feststellen, dass die dauernde Hetze einen gewissen Einfluss auf gesellschaftliche Einstellungen hat.

Oder Österreich ...

... richtig! Auch in Österreich ist die Stimmung nicht gekippt. Sie wurde von einer ganz bestimmten Partei zum Kippen gebracht, die sich wiederum mit einer ganz bestimmten Partei in Deutschland verbündet hat. Es lag aber selbstverständlich auch an den Konservativen, die sich eben nicht gegen rechts und gegen diese rechtspopulistische Partei abgegrenzt, sondern

zum Teil deren Programmatik übernommen haben. Das hat Folgen bis heute, die Flüchtlingspolitik der neuen grün-konservativen Koalition unterscheidet sich kaum von jener der Vorgängerregierung, nicht einmal Kinder und extrem Notleidende werden aufgenommen. In Deutschland ist es so, dass diese rechtspopulistische und rechtsnationalistische Partei, die im Bundestag sitzt, weniger Zuspruch hat bei den Wählern. Sie ist von einer Regierungsverantwortung weit entfernt. Man kann nur hoffen, dass es so bleibt.

Aber sie setzt schon Themen, die von anderen übernommen werden ...

... die entscheidende Frage ist dann aber immer, wie sich die Konservativen, die gemäßigten rechten Parteien, zu diesen Themen und dieser Propaganda stellen.

Es ist aber etwas in Bewegung geraten, was so vor fünf bis zehn Jahren in Deutschland nicht unbedingt denkbar war.

Sicher, es verschieben sich die Grenzen des Sagbaren. Das ist leider so. Durch die sozialen Medien ist noch eine ganz andere Dynamik entstanden, die im Kern demokratiegefährdend ist. Das ist jedoch ein größeres Problem und geht über die Frage nach dem Umgang mit Flüchtlingen hinaus.

Abschließend: Ist absehbar, wie sich die gegenwärtige Pandemie auf Flüchtlingspolitiken auswirken kann? Wenn ja, wie?

Die Auswirkungen sind insofern bereits Realität, als dass zahlreiche Staaten ihre Grenzen komplett geschlossen haben für Reisende und Migranten aller Art – auch für Flüchtlinge. Insofern hat sich die Lage für Flüchtlinge auf der ganzen Welt dramatisch verschlechtert. Ein zweiter Faktor ist, dass Flüchtlinge und andere Migranten als Gefahr oder sogar als Verursacher der Pandemie diffamiert wurden. Andererseits: Die reichen Gesellschaften sind häufig auf Arbeitsmigranten angewiesen. Viele dieser Arbeiten können auch von Flüchtlingen erledigt werden. Drittens haben die USA das System des *international resettlements*, ein ganz wichtiger Bestandteil der internationalen Flüchtlingspolitik, absichtlich geschwächt, indem sie keine Flüchtlinge mehr aufnehmen. Die Vereinigten Staaten waren vor Trump der Anker dieses Systems und haben seit Ende der 1970er-Jahre über drei Millionen Flüchtlinge im Rahmen von Resettlements aufgenommen. Das hat auch Deutschland und die EU entlastet. Das ist jetzt mehr oder weniger gestoppt. Daher steht die Weiterleitung von Flüchtlingen aus Konfliktgebieten als zentraler Bestandteil der internationalen Flüchtlingspolitik vor dem Aus. Innerhalb der EU haben sich zwar Staaten zusammengetan, die sich weiter für die Notaufnahme engagieren; dass man zumindest die Kinder aufnimmt. Es gibt weiterhin eine Vielzahl von Initiativen, in Zeiten der Pandemie ist das wichtiger denn je.

Interview: Peter Kuleša

Dr. Philipp Ther

ist Professor für Geschichte Ostmitteleuropas an der Universität Wien und ist dort Direktor des Research Center for the History of Transformations (RECET).

E-Mail: philipp.ther@univie.ac.at